

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Untertannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Montags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 M. ohne Postbefehlsgeld.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24015 Frankfurt a. M.

(Limburger Zeitung) Begr. 1838 (Limburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antkes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. L. Bahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Millimeterzeile oder deren Raum 40 Pfg. Die 91 mm breite Reklamezeile 1.20 M.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 39

Limburg, Donnerstag den 19. Februar 1920

83. Jahrgang

Das Kohlenproblem.

Essen, 17. Febr. (WZ.) Eine für die Zukunft unseres Wirtschaftslebens außerordentlich bedeutungsvolle Besprechung vereinigte heute hier Mitglieder der Reichs- und Staatsregierung und anderer Behörden mit Vertretern der Arbeitnehmer, Unternehmer, Arbeiter und Angestellten des Bergbaues und der Eisenbahnindustrie. Es handelt sich um die Frage, wie die dringend notwendige Vermehrung der Kohlenförderung herbeigeführt werden kann. Reichsminister Bauer legte in eindringlicher Weise dar, daß vermehrte Arbeit das einzige Mittel sei, das Volk aus Armut und Elend zu retten. Leider könnte heute aber nur in recht bescheidenem Maße gearbeitet werden, weil nicht genügend Kohle verfügbar sei. Die Kohle sei der Schlüssel für unsere ganze wirtschaftliche Stellung. Es müsse die erste Aufgabe der Regierung sein, daß die Friedensversorgung wieder erreicht werde. Das lasse sich nicht anders erreichen, als indem länger als sieben Stunden gearbeitet würde. Ob das Volk länger arbeiten solle, sei eine Zukunftsfrage. Von einschneidender Bedeutung sei aber im Augenblick, daß es gelinge, die jährliche Kohlenproduktion erheblich zu steigern. Das sei die Aufgabe der Regierung und der ganzen Volksgemeinschaft. Nach dem Reichsminister legte Herr Schöner dar, daß eine Mehrförderung von 30 Millionen Tonnen Kohle eine tägliche Mehrarbeit von einhundert Stunden beanspruche. Diese müßte sich an die reguläre Schicht anschließen. Jede Tonne mehrgezeugte Kohle machte Knappen und teuren Schiffsraum frei für die Beförderung von Getreide und anderen Lebensmitteln. Die Frage der Ueberstunden sei aber gleichzeitig eine Frage besserer Ernährung, die sofort in die Wege geleitet werden müsse. Ferner müßten auch die Transportarbeiter auf den Eisenbahnen, Wasserstraßen, Umschlagplätzen usw. entsprechend länger arbeiten. So daß eine gesteigerte Abfuhr möglich wäre. Ueberarbeiten sollten nicht mit 25 Prozent, sondern mit 100 Prozent Zuschlag auf die bisherigen Sätze bezahlt werden. In der Brotversorgung seien die Untertagearbeiter mit den Selbstversorgern gleichzustellen. müßten also zu den normalen Inlandspreisen 24 Pfund Brot und vier Pfund Fett geliefert bekommen. Die Vertreter der Gewerkschaften, Imbusch und Husemann, forderten vor allem eine bessere Ernährung für den Bergmann und erklärten, daß die Durchführung der geforderten Ueberstunden gegenwärtig eine zu große Belastungsprobe für die Organisationen darstelle. Gegenüber dem Einwande, daß die anderen Berufsstände die Arbeitszeit verlängern sollten, entgegnete Eisenbahnminister Debes, daß der Bergbau vorangehen müsse, weil er die gegenwärtig wichtigste Industrie sei. Es handele sich hier um eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Mit Nachdruck unterstrich diesen Gedanken Reichsminister Giesberts. Wenn die Regierung ins Ruhegebiet komme, um die Bergleute um eine erhöhte Kohlenproduktion zu bitten, so sei das ein geschäftliches Ereignis. Gelingen es nicht, das Kohlenmangel zu beheben, so gehe das ganze Volk auf die Hunde. Auch die Eisenbahner müßten länger arbeiten. Der Reichswirtschaftsminister ließ durch den Abgeordneten Osterroth mitteilen, daß ihm kein Opfer zu groß sei, um die Kohlenförderung zu steigern. Er sei sofort zu Verhandlungen bereit, wie eine bessere Ernährung herbeigeführt werden könne.

Ueberstunden.

Berlin, 17. Febr. (WZ.) Wie die „P. P. A.“ aus Dresden erzählten, haben die Organisationen des Ruhrgebiets Kohlenreviers auf den Hinweis des Arbeitsministers, daß zur Behebung der Kohlennot die Bergarbeiter täglich eine Ueberstunde machen sollten, sich grundsätzlich dazu bereit erklärt. Sie werden hierfür dieselben Löhne unter denselben Arbeitsbedingungen erhalten, wie die Bergarbeiter des Ruhrreviers, außerdem extra pro Woche und Kopf ein Pfund Brot und ein Pfund Speck. Es wird nun in den einzelnen Belegschaften darüber abgestimmt.

Nach der ober-sächsischen Kohle.

Bern 17. Febr. (WZ.) Nach der Neuen Korrespondenz wünscht Frankreich die Ernennung einer internationalen Kommission, um die Entschädigungsfrage für die ober-sächsischen Kohle zu regeln. Die deutsche Regierung hat gegen diese Forderung protestiert. Verhandlungen seien eingeleitet.

Nach der Antwort der Entente.

Pressstimmen.

Im „Vorwärts“ heißt es: Gewaltige Schwierigkeiten stehen vor der Abwicklung der Prozesse, die das Reichsgericht in Leipzig beschließen sollen. Die Zuständigkeit ist wohl schon durch das vordere Nationalversammlung beschlossen worden. Wie soll es aber mit der Untersuchung und der Beweisaufnahme gehalten werden? Aber selbst wenn der Tatbestand selbst festgestellt werden kann, so bleibt doch die große Hauptfrage nach der Objektivität der Richter.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird ausgeführt, daß, wer das deutsche Rechtsleben kennt, befähigen müsse, daß im Gegensatz zu den Gerichtshöfen der Entente bei uns auch die Angehörigen unserer Kriegsgegner immer zu ihrem Recht gekommen seien. Die deutschen Behörden verfolgten unerbittlich das Ziel, keinen Unschuldigen zu treffen, aber wirklich Schuldige der Strafe nicht zu entziehen.

Roske warnt vor verfrühter Freude.

Reichswehrminister Roske sprach sich über die Entente-Note gestern in Bremen verschiedenen Blättern zufolge dahin aus, daß es durchaus verfrüht sei, anzunehmen, daß wir vor allen weiteren ersten Schwierigkeiten und etwaigen Repressalien bewahrt bleiben würden. Die Alliierten behielten sich ausdrücklich das Recht vor, Schuldige, deren sie habhaft würden,

vor ihre eigenen Richter zu stellen. Deshalb bleibe eine außerordentliche Unsicherheit für jeden Deutschen bestehen, der im Kriege war, wenn er künftig eines der alliierten Länder betrete.

Die anerkannte Republik.

In der amtlichen Uebersetzung der Entente-Note über die Auslieferung findet sich eine sehr bemerkenswerte Stelle. Die Adresse lautet nämlich: An Seine Excellenz den Kanzler der deutschen Republik. Die Entente hat das Wort „Empire d'Allemagne“ (Deutsches Reich) vermieden, weil in der französischen Sprache mit diesem Wort immer der Nebensinn des Kaiserreiches verbunden ist. Man erinnert sich vielleicht noch, daß bei dem Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung in der französischen Presse mit diesem Wort ein großer Mißbrauch getrieben wurde. Man wollte aus dem Titel „Deutsches Reich“, der ja in der Verfassung beibehalten worden ist, schließen, daß Deutschland immer noch die Möglichkeit einer Rückkehr zum Kaiserthum offen halte.

Beratungen der Neutralen über einen internationalen Gerichtshof.

Haag, 17. Febr. (WZ.) Gestern begannen im Friedenspalast die Besprechungen zwischen den Vertretern Dänemarks, Hollands, Norwegens, Schwedens und der Schweiz, um die von den gesamten Vätern aufgestellten Entwürfe über einen ständigen internationalen Gerichtshof mit einander in Einklang zu bringen.

Ein Wechsel im Vorküh der Wiedergutmachungskommission?

Paris, 17. Febr. (WZ.) In den Wandelgängen der Kammer verlautet, daß Jannart als Präsident der Wiedergutmachungskommission demissioniert habe und zwar aus Gesundheitsrücksichten. Millerand habe die Nachfolgerschaft Andre Tardieu angeboten, der abgelehnt habe.

Zur Auslieferung der deutschen Schiffe.

Berlin, 16. Febr. Zur Frage der Auslieferung der deutschen Schiffe hören wir noch, daß die neue Note der Alliierten den unbilligsten Standpunkt einnimmt, daß die nach § 2 der Anlage 3 zu Artikel 244 des Versailler Vertrages noch auszuliefernden Schiffe und sonstigen Seefahrzeuge bereits seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages, also seit dem 10. Januar, Eigentum der Entente, und daß daher die von diesen Schiffen in der Zeit vom 10. Januar bis 10. März verdienten Frachten an die Entente ausbezahlt seien. Ferner erhebt die Entente Anspruch, sich aus der Gesamtheit der Schiffe bis zur Höhe der ihr zukommenden Zahl die einzelnen Schiffe auszusuchen, statt daß sie der Durchschnittsqualität entsprechende Schiffe erhält. Derselbe Streitfall hat schon in den Zeiten des Waffenstillstandes eine Rolle gespielt, als von der Entente der Anspruch erhoben wurde, sich jede einzelne Lokomotive selbst auszusuchen, also die besten Exemplare zu nehmen. So wie schon damals, so tritt auch jetzt die deutsche Regierung dem Anspruch der Entente entgegen und kann wohl damit rechnen, dort, wo Billigkeitsgründe überhaupt noch eine Rolle spielen, Verständnis und Unterstützung zu finden.

Der Friedensvertrag vor dem amerikanischen Senat.

Washington, 17. Febr. (WZ.) Renter. Der Senat beschloß einstimmig, die Erörterung des Friedensvertrages wieder aufzunehmen.

Umarbeitung des Kommunalisierungsgesetzes.

Berlin, 17. Febr. (WZ.) Der Entwurf des Kommunalisierungsgesetzes war fertig gestellt. Bei dem Sinken der Baluta und dem Schwanken des Geldwertes konnte aber die ursprünglich geplante Form der Gewährung von Entschädigungen, die ähnlich wie beim Elektrizitätsgesetz auf den Wert der Unternehmungen vor dem Kriege gründeten sollten, nicht mehr aufrecht erhalten bleiben, wenn man nicht große Unbilligkeiten hätte hervorrufen wollen. Es mußten deshalb neue Verhandlungen über die Wertfestsetzung in die Wege geleitet werden, die dem Abschluß nahe sind. Das Gesetz wird der Nationalversammlung noch vorgelegt.

Gebung des Viehbestandes.

Berlin, 17. Febr. Um unseren durch den Krieg stark zusammengeschmolzenen Viehbestand wieder aufzufüllen, ist es notwendig, seine Inanspruchnahme für den Versorgungsvorbrauch möglichst einzuschränken. Wie nun aus der Beantwortung einer Anfrage in der Nationalversammlung durch den Reichswirtschaftsminister hervorgeht, wird zur Schonung der Kinderbestände ein großer Teil der zur Verfügung stehenden Rindermittel zur Einfuhr von Fleisch verwendet. Auf diese Weise ist es gelungen, seit dem 1. August 1919 die Anforderungen, die an den Kinderbestand gestellt werden mußten, unter das prozentuale Maß herabzumindern, das der Viehbestand nach den Feststellungen der Friedensjahre leisten kann, ohne eine Minderung zu erfahren. Starke zwangsweise Eingriffe in die Kinderbestände dürften daher nicht mehr notwendig sein.

Die Ernährungswirtschaft 1920/21.

Berlin, 16. Febr. (WZ.) Zwischen Vertretern der Landwirtschaft und Vertretern des Deutschen Städtetages fand heute eine mehrstündige Verhandlung über die Seilhaltung der Ernährungswirtschaft für das Wirtschaftsjahr 1920/21 statt. Die Mängel der bisherigen Zwangswirtschaft wurden eingehend erörtert und die Maßnahmen für die Abstellung in ihren Grundzügen besprochen, insbesondere der Abschluß von Verträgen zwischen den Erzeugerorganisationen und den Städten zur Deckung des notwendigen Nahrungsbedarfs. Zur weiteren Prüfung wurde eine Kommission aus Vertretern der Landwirtschaft und des Städtetages eingesetzt, die bereits

morgen die Verhandlungen aufnehmen und mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Sache mit äußerster Beschleunigung werden wird. Jedenfalls wollen die Städte und die Landwirtschaft ernstlich versuchen, in der das ganze Land berührenden Ernährungsfrage Hand in Hand zu arbeiten.

Verbilligung der Heringspreise.

Aus Lübeck erfährt der „Berliner Volksanzeiger“, daß dank dem Eingreifen des Landesversorgungsamtes die Heringpreise billiger würden.

Wo stehen die Riesenpreise für Leder hin?

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Nachener Lederfabrik schließt ihr Geschäftsjahr mit 2,5 Millionen Reingewinn, aus dem sie 40 Prozent Dividende bezahlt. Der Ueberschuß hat sich verzehnfacht, die Aufhebung der Zwangswirtschaft war für das Unternehmen „segenreich“. Dabei hat sie bedeutende Erweiterungsarbeiten durchgeführt, so daß aus dem wirklichen Ueberschuß vielleicht 100 Prozent und mehr hätten gezahlt werden können. 120.000 Mark hat man den Arbeitern, 60.000 Mark den Beamten als „Liebesgabe“ in die Hände gedrückt, damit sie sich auch an dem Segen, der den Aktionären zugesprochen ist, ein bißchen mitfreuen können. Den anderen Lederfabriken geht es nicht schlechter, das Häutegeschäft blüht, bloß die Schuhe werden teurer und teurer, werden unerschwinglich.

Der preussische Eisenbahnminister über den Lokomotivmangel.

Der „Vorwärts“ wandte sich an den Minister mit der Anfrage, ob mit Hilfe von geliehenen Lokomotiven aus den Besänden, die wir an die Entente geliefert haben, die Transportfrachten behoben werden könnten. Der Minister teilte mit, daß seinerzeit die Rückgabe von 1500 Lokomotiven angeregt worden sei. Später sei auf französischer Seite die Rede davon gewesen, daß die Entente 10 preussische Güterzuglokomotiven zum Transport der für die Entente bestimmten Kohlen zu einer Miete von 70 Francs pro Tag zur Verfügung stellen wolle. Weitere Verhandlungen hätten aber in der Frage noch nicht stattgefunden. Vor dem Kriege, teilte der Minister weiter mit, besaß Preußen 21.500 Lokomotiven, heute dagegen 23.800. Während aber vor dem Kriege 17.000 betriebsfähig waren, sind heute trotz der hohen Zahl nicht einmal 13.000 betriebsfähig und nicht auf die Zahl der vorhandenen Lokomotiven kommt es an, sondern auf die Zahl der betriebsfähigen. Wenn die Entente heute 1000 oder 2000 Lokomotiven zur Verfügung stellte, so wäre das allerdings eine wesentliche Hilfe, aber nur eine vorübergehende. Denn wenn die Leistungen der Eisenbahnwerkstätten nicht besser würden als bisher, dann würden diese Lokomotiven in einigen Monaten nur den Park der Maschinen vergrößern, die heute in den Werkstätten oder auf den Strecken auf Reparatur warten. Nicht totes Material schaffe Rettung, sondern nur die lebendige Arbeit, und lediglich durch Steigerung der Arbeitsleistung eines jeden einzelnen, möge er Arbeiter, Handwerker oder Beamter sein, könne der schließliche Zusammenbruch abgewendet werden.

Der Solinger Streik.

Köln, 17. Febr. (WZ.) Der Generallandesbeschuß in Solingen wurde mit 70 gegen 13 Stimmen aufgehoben. Ausständig sind noch etwa 32.000 Metallarbeiter.

Demokratische Partei in Nassau.

Niesbaden, 15. Febr. Die zweitägigen Verhandlungen des Demokratischen Bezirksrates erbrachten den Beweis dafür, wieviel mühselige Arbeit in dem letzten Jahre in den Wahlkreisen geleistet wurde, und mit welcher ruhiger Zuversicht man allenthalben an die Weiterarbeit und an die Weiterarbeit für die bevorstehenden Wahlen herangeht. Nach den Tätigkeitsberichten der Wahlkreise ist überall seit der Revolution eine überaus große Zunahme der Mitgliederzahlen zu verzeichnen, die Abnahme im Mitgliederbestand hält sich in sehr erträglichen Grenzen. Überall konnten neue Organisationen, auch solche für die Jugend gegründet werden. Die Arbeit wurde aber ungeheuer erschwert und zum Teil wesentlich im Erfolg beeinträchtigt durch die Versammlungsbeschränkungen bis zur Ratifikation des Friedensvertrages. Beschlossen wurde für das besetzte Gebiet besondere Unterorganisationen zu schaffen. In stark besetzter öffentlicher Versammlung sprach der Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei Senator Dr. Petersen über das neue Deutschland. Aus dem früheren unfertigen politischen System, das die große Niederlage verschuldet, müssen wir heraus; möglich sei für Deutschland nur die Form der Republik. In martigen Strichen zeichnete er das Verhältnis zu den Parteien. Mit der Volkspartei und den früheren Konfessionen rechnete der Redner scharf ab und schärfte ihr unsinniges Streben nach der Monarchie. Sie wollen dem Volke das Recht zur Bildung der Regierung wieder nehmen, wollen den Gewaltstaat. Die Zeit von Kaiserthum und Demokratie ist durch die Schuld der Parteien verpaßt, die dem Volke nicht das gleiche Recht zugesprochen wollten. Außerdem sprachen der Abg. Dr. Kaschig-Ludwigshafen, Stadtv. Dr. Carola Barth und Generalsekretär Klein aus Frankfurt.

Ueberlastung der sächsischen Gerichte.

Dresden, 16. Febr. Die sächsische Volkskammer nahm einen Gesetzentwurf an, der Anträge für sämtliche Verordnungen gegen die Rationierungsvorschriften erteilt. Die Ueberlastung der sächsischen Gerichte ist so groß, daß eigentlich nur noch schwere Vergehen und Verbrechen verfolgt werden können. Aus diesem Grunde ist auch die neue Amnestie von Regierung und Volkskammer beschlossen worden. Augenscheinlich stehen mehr als vierzig Morde in Sachsen zur Untersuchung.

Aus dem Helfferich-Prozess.

Berlin, 17. Febr. (WZ.) Im Helfferich-Prozess wurde heute der Fall Wolff verhandelt. Helfferich behauptete, daß Erzberger genaue Beziehungen zu dem großen Eisenhandelsunternehmen Otto Wolff in Köln unterhielt, dessen Mitinhaber Ottomar Strauß dem Minister seine Stellung verdankte und dessen Millionen-Ausfuhrungsgewinne auf Bevorzugung und Informationen durch die Erzberger nachstehenden Behörden beruhten. Die Firma unterhielt eine äppige Gastlichkeit, woran die höchsten Staatsbeamten teilnahmen. Erzberger verwies dagegen auf die Gastmähler der Hamburg-Amerika-Linie während des Krieges im „Raiserhof“, woran sich Helfferich beteiligte. Beide Parteien leugneten die Beschuldigung der Gegenseite ab, sich des öfteren in ungewöhnlicher Weise haben bewirten lassen. Erzberger erklärte als Zeuge, er sei an der Ernennung Strauß zum Geheimen Regierungsrat unbeteiligt. Er habe mit Strauß und anderen gelegentlich geredet, weil er aus Zeitmangel wichtige Besprechungen beim Reichstag erledigen mußte. Dr. Aschberg fragt, ob Erzberger nicht seinen Freunden kurz vor dem Friedensschluß erklärte, der Friede werde unter allen Umständen geschlossen werden, und ob darauf mit Wissen des Reichsregierungspräsidenten in der Schweiz vorgenommen wurden. Erzberger erwiderte, seine bekannte Stellung zur Friedensfrage habe er in den Beratungen seiner Fraktion selbstverständlich dargelegt. Wie weit dies nach außen hin bekannt geworden sei, wisse er nicht. Lips in dieser Richtung habe er niemandem gegeben. Auf die Frage Helfferichs, ob Erzberger ihm sei Wolff als eine geeignete Persönlichkeit für den Posten des Generalkommissars für die besetzten Rheinlande bezeichnet worden. Die Sache sei aber an dem Widerspruch gescheitert. Helfferich führte an, daß Erzberger Wolff auch zum Vertreter des Reichsbesetzungsamtes im Rheinlande vorgeschlagen und ihn zu Geschäften der Weimarer Reichsversammlung zugezogen habe. Strauß sagte aus, daß weder er von Erzberger, noch Erzberger von ihm Vorwissen hatte.

Berlin, 17. Febr. Im weiteren Verlaufe des Prozesses Erzberger-Helfferich kommt der Fall Richter zur Verhandlung. Erzberger war mit 40 000 Mark und 40 Prozent Gewinn an der Firma beteiligt. Die Firma hatte einen einzigen kleinen Auftrag erhalten und ihn nicht ausgeführt. Zeuge von der Rolle erklärte, beide, er und Erzberger, hätten ihr Geld verloren. Geheimrat Hoogen vom Eisenbahnenministerium sagt aus, daß ein Schreiben von Erzberger, als er schon Staatssekretär war, eingegangen sei, in dem er bat, der Firma Gelegenheit zu geben, das Patent vorzuführen. Helfferich stellt hiermit einen Widerspruch gegenüber der neuartigen Aussage Erzbergers fest, daß er nie und nimmer zugunsten einer Privatperson eine Intervention beim Eisenbahnenministerium unternommen habe. Erzberger erklärte dies als eine irrthümliche Auffassung.

Die Gefangenentransporte.

Paris, 17. Febr. (WZ.) Bis zum 13. Februar sind im Ganzen 144 Gefangenentransporte nach Deutschland abgegangen. Die Transporte vollzogen sich mit der größten Regelmäßigkeit und Ordnung. Aus dienstlichen Gründen werden die Gefangenen nicht mehr in Mannheim und Düsseldorf, sondern in Ludwigshafen und an der Mosel übergeben. Vom 20. Februar ab beginnen die Kranstransporte in besonderen Lazarettzügen.

Die Geschichte eines Rohheitsdelikts.

Berlin, 17. Febr. Das Wolffsche Büro gibt nachstehende Meldung und Begründung über die Abfindung einer deutschen Note: Der Abgeordnete Wittenmann hatte in der Nationalversammlung am 21. November v. J. eine Presseerklärung mitgeteilt, wonach die Tochter eines Grubenbeamten aus dem Kreis Saarbrücken von einem französischen Soldaten vergewaltigt und ermordet worden sei, und hatte an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, bei der französischen Regierung auf die Verhaftung des Täters zu dringen. Der damalige Regierungsvizepräsident hatte in seiner Antwort mitgeteilt, daß von französischer Seite die Richtigkeit der Behauptung bestritten worden sei, daß aber weitere Ermittlungen im Gange seien. Das Ergebnis der Nachforschungen liegt jetzt vor. Ein Soldat der französischen Besatzungstruppen hat danach das geschilderte Verbrechen tatsächlich begangen, und zwar in einer Weise, wie sie grauenhafter nie gedacht werden kann. Es handelt sich um die Studentin Fräulein Maria Schür, Tochter des Fahrstellers Schür von der Grube Heintz bei Saarbrücken. Fräulein Schür studierte auf der Universität Marburg und war zu den Weihnachtsferien 1918 nach Heintz gefahren. Am Tage

nach ihrer Ankunft, dem 20. Dezember, begab sie sich zum Besuch einer Freundin nach Friedrichstal. Unterwegs auf einem Waldweg begegnete sie einem französischen Soldaten, der ihr unflätliche Anträge machte, auf sie einbrang und, als sie sich wehrte, ihr mit dem Seitengewehr mehrmals über den Kopf schlug. Damit nicht genug, schloß er sie in bestialischer Weise in den Oberkörper und den Unterleib, so daß die Eingeweide herausdrangen. Dann verließ er den Ort seiner Schandtat, offenbar in der Meinung, daß sein Opfer tot sei. Wieder zu sich gekommen, schleppte sich Fräulein Schür bis zu einem Fahrweg, wo sie aufgefunden und nach Hause geschafft wurde. Tags darauf ist sie ihren Verletzungen erlegen. Kurz vor ihrem Tode hat sie dem französischen Kommandanten von Heintz, der zur ihr gerufen wurde, den Hergang erzählt. Dieser äußerte kein Bedauern und versprach strenge Bestrafung des Schuldigen. Gleichwohl hat der Vorsitzende der internationalen Weimarer Kommission in einer Note an die deutsche Weimarer Kommission auf Grund eines Berichtes des französischen Generals Fayolle seinerzeit die Vergebung des Verbrechens auf entschiedenste in Abrede gestellt. Die deutsche Regierung hat die französische Regierung unter Vorlegung des vorhandenen Beweismaterials um vollständige Aufklärung der Angelegenheit ersucht mit dem nachdrücklichsten Verlangen, daß die ruchlose Tat ihre Sühne findet, und daß auch die Personen zur Rechenschaft gezogen werden, die versucht haben, die Untersuchung des Falles zu unterdrücken.

Der Preis für deutsche Schiffe.

Washington, 17. Febr. (WZ.) Der Präsident der International Mercantile Marine Company hat bei der Versteigerung von neun deutschen Schiffen für diese 14 050 000 Dollars geboten.

Der Streit um Deutschlands Schiffe. — Sinken der Lebensmittelpreise in Amerika.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus „New York“ vom 13. Februar: Randolph Sears erhebt gerichtliche Einsprüche gegen den Verkauf beschlagnahmter deutscher Schiffe an den englischen Schiffstrauer. Er beschuldigt Wilson, die amerikanischen Interessen nicht zu beachten, eine Verschönerung, die auch schon im Kongreß erhoben wurde. — Das „Journal of Commerce“ verzeichnet ein Fallen der Lebensmittelpreise. Das Blatt schreibt dies der Ballastkrise zu.

Die Aufnahme von Beziehungen zu Rußland.

Berlin, 17. Febr. (WZ.) Zur Frage der Entscheidung einer deutschen Studienkommission nach Sowjetrußland hört die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von unterrichteter Seite, daß die Regierung eine amtliche Beteiligung abgelehnt hat, es aber den deutschen Wirtschafts- und Industriezweigen überlassen, mit den russischen Wirtschaftsverbänden direkte Beziehungen aufzunehmen.

Odesa geplündert.

Kopenhagen, 16. Febr. Daily Telegraph erzählt aus Konstantinopel, daß die Einnahme Odesas durch die Bolschewiken zu den schlimmsten Kapiteln bolschewistischer Grausamkeiten zählt. Die Plünderung der Stadt dauerte umherbrochen 24 Stunden. Tausende von Menschen wurden unter den Augen Denkmals und der Offiziere getötet und gepeinigt, ohne daß die Offiziere sich bemühten, dies zu verhindern. Nur wenige junge Burken verteidigten die Ruine. Die englischen Schiffe haben etwa 12 000 Flüchtlinge an Bord genommen.

Beginn Sowjetrußland zu arbeiten?

Helsingfors, 17. Febr. (WZ.) Trotski erklärte dem Zentralrevolutionärsrat, daß die Arbeitspflicht strengstens durchgeführt werde. Ferner sei die Einführung von Naturallöhnen notwendig. Neue Arbeitsarmeen würden im Uralgebiet sowie in der Ukraine gebildet.

Oesterreich als Einheitsstaat oder Bundesstaat?

Salzburg, 17. Febr. (WZ.) In der Länderkonferenz stimmten bei der Abstimmung über den Vortrag des Landeshaupmanns von Vorarlberg, Dr. Ender, „Bundesstaat oder Einheitsstaat“, die nach Ländern und Parteien vorgenommen wurde, die Vertreter der christlich-sozialen und deutsch-freiwirtschaftlichen Parteien vorbehaltlos für den Bundesstaat. Von den sozialdemokratischen Vertretern erklärten sich die Delegierten von Steiermark, von Wien und Niederösterreich für den Bundesstaat. Der sozialdemokratische Vertreter Oberösterreichs, Gruber, erklärte, daß die Mehrheit der oberösterreichischen Parteigenossen für den Einheitsstaat stimmen, wenn aber ein Bundesstaat nach dem Willen der Mehrheit geschaffen werden sollte, würden sich auch die so-

zialdemokratischen Abgeordneten Oberösterreichs damit einverstanden erklären. Die sozialdemokratischen Vertreter von Salzburg, Tirol, Kärnten und Vorarlberg sprachen sich für den Einheitsstaat mit Schaffung von eigenen Verwaltungsgebieten aus.

Beginn des Prozesses Caillaux.

Paris, 17. Febr. (WZ.) Heute nachmittag begann vor dem obersten Staatsgerichtshof der Senats die Verhandlung gegen Caillaux. Caillaux ist angeklagt, gegen die äußere Sicherheit des Staates Anschläge unternommen und ein Einverständnis mit dem Feinde gesucht zu haben, um dessen Pläne gegenüber Frankreich und seinen Alliierten zu begünstigen. Die heutige Sitzung wird mit der Verlesung der Anklageakten ausgefüllt sein. Den Vorsitz hat Leon Bourgeois, als Staatsanwalt fungiert Escourolle. Von der Anklagebehörde sind 71 Zeugen geladen, von den Verteidigern Caillaux ebensoviele.

Boincars Schwanengesang.

Paris, 17. Febr. (WZ.) Präsident Boincars hielt in Verdun seine letzte offizielle Rede und sagte hierbei, man habe im Friedensvertrag Deutschlands keine Strafschuldigung auferlegt. Man habe nicht einmal von ihm die Rückzahlung der Kriegskosten verlangt. Um sich den Wünschen Amerikas anzuschließen, habe man ihm nur die Zahlung der Militärpensionen und der materiellen Kriegsschäden, die es verursacht, abverlangt. Deutschland habe sich verpflichtet, ein bestimmtes Quantum Rohlen zu liefern, um dadurch Frankreich das dafür zu entschädigen, daß es die Kohlenruben in Nordfrankreich systematisch erschütete und zerstörte. Es habe sich ferner verpflichtet, diejenigen seiner Offiziere auszuliefern, die sich Vergehen gegen das gemeine Recht hätten zu schulden kommen lassen. Wie könne man zulassen, daß diese von Deutschland unterzeichneten Versprechungen nicht gehalten würden? Es könnte keinen guten Franzosen geben, der wünsche, daß die Wiedergutmachungen, zu denen die von den Deutschen begangenen Taten Frankreich das Recht gäben, herabgebeugt würden. Was auch immer die endgültige Haltung Deutschlands sein möge, man müsse sich dessen versichern, daß seine Entwertung definitiv sei, und daß es nicht im Geheimen seine Eroberungs- und Beherrschungsmacht wieder aufrichten könne.

Das Schweizer Volk und der Völkerverbund.

Bern, 17. Febr. (WZ.) Wie der Bund erfährt, wird die Volksabstimmung in der Schweiz über den Beitritt zum Völkerverbund wahrscheinlich am 18. April stattfinden.

Erneute Rationierung in Italien.

Mailand, 17. Febr. (WZ.) Nach dem „Avanti“ hat sich der Ministerialrat am Montag mit der Ernährungsfrage befaßt. Er beschloß, die im Kriege eingeführte Rationierung wieder herzustellen. Er werden deshalb für die notwendigen Lebensmittel, wie Brot, Leinwand, Reis und Öl, außerdem für Rohlen in ganz Italien wieder Karten ausgegeben.

Die Spannung zwischen Amerika und der Entente.

London, 17. Febr. (WZ.) Havas. Ueber die Beziehungen zu Amerika sagte Lord Curzon in einer Rede: Wir dürfen uns nicht in die inneren Angelegenheiten Amerikas einmischen. Nichts wäre im gegenwärtigen Augenblick verhängnisvoller, als wenn sich die Vereinigten Staaten von ihrer Mitwirkung im Kongreß zurückziehen und ihren Einfluß in dieser Beziehung fallen lassen wollten.

Wilson's Widerspruch in der adriatischen Frage.

Amsterdam, 17. Febr. „Morning Post“ erzählt, daß die amerikanische Note, in der gegen die von der süd-slawischen Regierung vorgeschlagene Lösung der adriatischen Frage protestiert wird, am Sonnabend wie eine Bombe in der Konferenz der Alliierten eingeschlagen habe. Die Note sei von Lansing am Tage des Rücktritts unterzeichnet worden. Sie habe natürlich großes Erstaunen erregt, weil tatsächlich wenig Unterschied zwischen dem von Woodrow Wilson, Clemenceau und dem amerikanischen Gesandten in London unterzeichneten am 9. Dezember an Scialoja ausgehenden Memorandum und dem Kompromiß vom 20. Januar bestehe, dem sich Wilson jetzt widersetzt.

Mailand, 17. Febr. Der Londoner Korrespondent des „Corriere della Sera“ versichert, daß bevor der amerikanische Botschafter in London die Note Wilsons übergeben habe, Nitti eine Erklärung folgenden Inhalts abgegeben habe: Falls die Anwendung des Londoner Paktes nötig werden sollte, würde der Ministerpräsident vorschlagen, aus Dalmatien einen

Lange hatte das junge Mädchen schweigend zu Boden. Dann rang es sich mit Anstrengung von ihren Lippen: „Ja — ich will es tun!“

„Bravo! Aber dann auch fest bleiben, Fräulein von Troll! Keine Schwäche, kein Zaubern mehr, wenn der Augenblick da ist.“

„Und dann,“ fügte er hinzu, „Sie brauchen keine Angst zu haben. Wenn ich etwas übernommen habe, führe ich es auch durch. Und ich sehe ja ein, daß es von zwei Uebeln das kleinere ist.“

17. Silas Hempel schritt tief in Gedanken versunken die Ringstraße entlang. Eben hatte ihn Vera von Troll durch ein Billet verständigt, daß Fräulein Spira sie am nächsten Montag in Wolfershausen besuchen werde. Sie habe den Montag gewählt, weil ihre Eltern da abwesend sein würden, und sie freie Hand hätten.

Mama will nämlich Papa Sonntag abend in die Stadt begleiten, und ein paar Tage dort bleiben, um Einkäufe zu besorgen,“ schrieb Vera und schloß dann: „Uebrigens war es gar nicht leicht, Fräulein Spira zu dem Besuch zu überreden, denn sie wollte durchaus, ich sollte lieber zu ihr kommen. Sie könne ihre Wohnung nicht verlassen, da sie vielleicht Besuch beläme oder mindestens eine für sie überaus wichtige Nachricht. Endlich aber brachte ich es doch fertig, ihr das Versprechen abzubetteln, Montag zu kommen. Sie will den Zug benutzen, der um 11 Uhr vormittags hier eintrifft. Wir werden dann im Garten essen und nach Tisch führe ich sie auf mein Zimmer. Tante Renate, die in alles eingeweiht ist, wird Ihnen vorher im anstehenden Bibliothekszimmer einen Platz anweisen. Gott helfe weiter, daß wir dann auch wirklich etwas erfahren, das Licht in diese dunkle Angelegenheit bringt!“

Hempel atmete tief auf, als er die Zeilen gelesen. Gottlob, der Vogel ging ins Garn! An einem greifbaren Erfolg zweifelte er nicht mehr, nun dieser erste Schritt gesichert war. Unmöglich konnte die Spira sich so in der Gewalt haben, daß sie, was er bisher gefürchtet hatte, war, daß sie sich der unvermuteten Anblick des Bildes sie soll ließ. Das ein- nicht na ch Wolfershausen kochen ließ.

Schuld und Sühne.

Originalroman von Erich Ebenheim.

33) (Nachdruck verboten.) „Wer wird sie denn jemals sprechen, wenn sie bis jetzt geschwiegen hat?“ rief Vera mutlos, „Falls sie diesen Menschen wirklich liebt, wird sie kein Geheimnis niemals preisgeben und niemand wird sie vermögen, ihn zu verraten!“ „Wer weiß? Ich halte Fräulein Spira trotz aller verdächtigen Umstände, die einen Schatten auf sie werfen, doch für einen anständigen Charakter.“ „Das ist sie auch, gewiß!“ „Nun, also! Dann müßten ihre Gefühle für diesen Mann doch in dem Augenblick aufhören, in dem sie erkennt, daß er ein schlechter Mensch ist, der sie belogen und betrogen hat.“ „Daran zweifle ich ja nicht. Wer können Sie diesen Beweis denn erbringen?“ „Noch nicht, da ich ja nichts weiß, über die Form seiner Beziehungen zu ihr. Aber ich habe die moralische Ueberzeugung, daß ich es können werde, sobald Fräulein Spira gesprochen hat! Für mich steht fest, daß er der Mörder ist! Ebenfalls glaube ich, daß er mit seiner angeblichen Liebe zu Fräulein Spira nur einen bestimmten Zweck verfolgte, sich ihr also unter falscher Flagge näherte.“ „Und was soll nun geschehen? Werden Sie ihr das Bild zeigen?“ „Nein. Denn das wäre das sicherste Mittel, sie mißtrauisch zu machen, und ihr die Lippen vielleicht auf immer zu verriegeln. Sie müssen es tun. Ganz unvorbereitet ist Fräulein Spira zufällig mit dem Bild in die Hände spielen, und ich muß ungeschehen Zeuge davon sein.“ „Veras blaßes Gesicht überzog sich mit jäher Röte. Abwehrend hob sie die Hände.“ „Nie werde ich das tun! Wie können Sie mir eine so schmachvolle Rolle zumuten!“ „Ich tue es im Namen eines Unschuldigen, der seit Monaten in Haft sitzt und verurteilt werden würde, wenn wir den wahren Schuldigen nicht finden! Verurteilt zum Tode! Vergessen Sie das nicht, Fräulein von Troll!“ sagte Hempel mit schwerem Ernst. Dann fuhr er ruhig fort:

selbständigen Staat unter dem einfachen Mandat Italiens zu bilden, unter Zurückziehung der Besatzungstruppen, in dem der Bevölkerung volle Freiheit gegeben würde, sich nach ihrem Willen zu regieren. Der Korrespondent fügt hinzu, daß diese Erklärung einen Beweis für die völlige Loyalität Italiens bilde, insbesondere entkräftet sie die Angaben wegen Unterdrückung von Bevölkerungen, wie sie in der Rote Wilsons enthalten seien.

Ausfaltung Wilsons?

Paris, 17. Februar. (W.D.) Nach dem „Echo de Paris“ aus Washington, besprachen die Führer der verschiedenen Parteien im Kongress sehr ernstlich die Mittel, die man anwenden könne, um den Präsidenten für unfähig zu erklären. Die Parteien wollten, wenn sie ihn auf diese Weise befeitigt hätten, einen Vizepräsidenten ernennen.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 19. Februar 1920.

„Eine Osterfeier am 1. Mai“: Die Schüler und Lehrer der hiesigen Schulen haben sich am 1. Mai um 5 Uhr im evangelischen Gemeindehaus getroffen. Leider fehlte der Besuch sehr zu wünschen übrig. Es soll nun am kommenden Mittwoch abermals eine Versammlung einberufen werden, zu der öffentlich eingeladen werden wird.

„Deutsche Kammerspiele.“ Am Freitag findet in der „Alten Volkshalle“ abends 8 Uhr, ein Gastspiel der „Deutschen Kammerspiele“ statt. Das Unternehmen hat sich zum Ziel gesetzt, die gehaltvolle, gute Theaterkunst zu pflegen und dem Publikum auf der Bühne, vor allem dem schlichten Operettenpublikum entgegenzutreten. Kunstfreunde werden darum mit Spannung dem ersten Auftreten der Truppe in Limburg entgegensehen. Gegeben wird „Es fiel ein Reif...“ (Eine Schattenspiele in drei Akten von Löwenberg.)

„Gegen die sittliche Gefährdung der Jugend“ wendet sich der Unterrichtsminister mit einem Erlaß an die Aufsichtsbehörden. Die höchste Aufgabe aller am Werk der Erziehung beteiligten Kreise sei es nach dem Erlaß, namentlich dem Mitspracherecht, die Beteiligung der Schulpflichtigen bei Schleichhandel und Schiebergeschäften, sowie den Besuch der für die Jugend nicht geeigneten Filmvorstellungen zu bekämpfen. Der Kultusminister erwartet, daß die Provinzial-Schulkollegien diese Aufgabe mit allem Ernst verfolgen und in geeigneter Weise die Lehrerkollegien veranlassen, vereint mit den Elternbeiträgen den Schäden entgegenzutreten. Die Wahrung von Elternrechten dürfte ein sehr geeignetes Mittel zur Bekämpfung sein.

„Kirchenfeier am 1. Mai.“ Der Gedanke einer kirchlichen Feier am 1. Mai als selbständige Einrichtung wird zurzeit in kirchlichen Kreisen erwogen. Es sind, wie man hört, bereits vorbereitende Schritte im Gange. Der Gedanke war bereits im vorigen Jahre aufgegriffen worden, wurde aber damals wegen des vorgerückten Zeitpunktes zurückgestellt.

„Herzingen, 17. Febr.“ Nachdem am Tage vor Weihnachten der Männergesangsverein „Eintracht“ seinen aus englischer Gefangenschaft heimgekehrten ersten Vorsitzenden, Herrn Fritz Weder, begrüßen durfte, wurde dieser Tage dem Verein abermals dieselbe Freude zuteil, das Vereinsmitglied, Herrn Wilhelm Seel, der bisher in französischer Gefangenschaft schmachtete, mit einem Ständchen herzlich zu empfangen. Mit tiefbewogenen treudeutschen Worten dankte er seinen Sangesbrüdern für die ihm erwiesene Ehre. Aus dem Gesangstext des letzten Konzertes wurde beiden ein Geschenk überreicht.

„sp. Niederweissen, 17. Febr.“ Die Einführung unseres neugewählten Bürgermeisters Karl Römer fand kürzlich auf dem Gemeindehaus in äußerst würdiger Weise statt. In einer Gemeindeversammlung, zu der alle zur Ortsverwaltung gehörenden Organe eingeladen waren, erschien der ehrenwerte 77jährige Mitbürger Philipp Reinhard und überreichte dem neuen Gemeindevorstand eine von ihm selbst verfaßte Widmung in schwungvollen Versen, die sich ebenso wohl an den Neugewählten selbst wie an die gesamte Einwohnerschaft wendete und zu Freude und Göttertrauen in schwerer Zeit ermahnte. Allgemein war die Freude über diese schöne Leistung des „Veteranen der Arbeit“, dem aus den schweren Schicksalslagen in seinem eigenen Leben sich diese tiefe Lebensweisheit geprägt hat. Bürgermeister Römer und Ortsgerichtschef Wilh. Sushow Forst dankten dem Widmer. Herr Forst gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß das Wirken des neuen Ortsvorstandes ein segensreiches sein werde und gedachte auch in Worten wärmster Anerkennung der Tätigkeit des freiwillig aus seinem Amt geschiedenen vorigen Bürgermeisters Röder, in dessen Amtsperiode große und für die Gemeinde segensreiche Reform- und Kulturarbeiten durchgeführt worden seien.

Denn die Kolbe hatte es ihm längst verraten, daß ihre Herrin sich kaum getraue, das Haus nur auf Stunden zu verlassen, weil sie Tag und Nacht auf Nachricht von „Herrn Fritz“ wartete. Er hatte ihr keine Adresse hinterlassen, wie die Kolbe vermutete, denn sie schrieb nicht an ihn. Aber er wollte doch die Einwilligung seiner Eltern und eines reichen Onkels zur Verbindung mit ihr erringen. Darum war er fort. Und wenn er sie hat, dann telegraphiert er sogleich oder kommt selber mich zu holen!“ versicherte Fräulein Spira ihrer Dienerin wiederholt.

Hempel lächelte im stillen über dieses blinde Vertrauen, während er nun, alles noch einmal überdenkend, die Ringelstraße entlangwanderte.

„Er würde wohl nie telegraphieren, und noch weniger selbst kommen, der geheimnisvolle „Herr Fritz“. Aber wenn Fräulein Spira auch keine Adresse von ihm wußte, würden ihre Aufklärungen wohl eine Handhabe bieten, die gerichtliche Verfolgung gegen den Mann einzuleiten, und dann konnte er ihnen nicht mehr entgehen.“

In diesem Augenblick wurde er jäh aus seinen Gedanken aufgeschreckt. Jemand hatte ihn von rückwärts auf die Schulter geklopft und eine bekannte Stimme sagte: „Nun, woran denkst du denn so eifrig, Silas, daß du den Anruf eines alten Freundes ganz überhörst?“

Es war der Untersuchungsrichter Dr. Wasmuth, der mit lautmachendem Arm in den des Detektivs schob, und mit ihm weiterschritt.

„Du bist wohl nicht böse, wenn ich dich ein Stück begleite, Silas? Wir haben uns lange nicht gesehen!“

„Im Gegenteil. Ich freue mich, daß du mich noch nicht ganz zu den Toten geworfen hast, wie es den Anschein hatte!“

(Fortsetzung folgt.)

— **Kassau, 17. Febr. (Auszeichnung.)** Dem Unteroffizier und Flugzeugführer Arthur Brehler ist in Anbetracht seiner Leistungen im Kampf gegen die Bolschewisten das Balkenkreuz, das Ritterkreuz des Malteserordens und das russische Georgskreuz vom Chef der freiwilligen russischen Bestarmee verliehen worden.

— **Kassau, 16. Febr.** Glüd in der Viehzucht hat der Landwirt und Müller Karl Albus in der Mauerstraße, der den seltenen Fall zu verzeichnen hat, daß ihm eine Kuh seit dem Jahre 1916 jeht das sechsfache Zwillingssälber warf.

— **Frankfurt, 18. Febr. (Der Edelsteinbesitzer.)** Bei einer Razzia nach Schleichhändlern und Schiebern in Hanau wurde in einem Cafe der in Frankfurt a. M. wohnende Galizier Malinial festgenommen, in dessen Besitz sieben Päckchen Edelsteine, ein Scherbrock u. a. m. vorgefunden wurden. Da M. nicht im Besitz des erforderlichen Ausweises war, der zum Handel mit Edelsteinen berechtigt, wurde er vorläufig in Haft behalten.

— **Hachenburg, 16. Febr.** Heute nacht entstand im hiesigen Schloß Feuer. Der Südflügel des Hauptbaues verbrannte in seinem oberen Teil. Es war glücklicherweise möglich, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und die anliegenden Amtsräume der Oberförsterei und die Dienstwohnungen zu retten. Das Feuer hatte seinen Anfang genommen in der Manfarge, die mit Mannschaften des Grenziabreges vom Reichswehr-Regiment Nr. 36 belegt war.

— **Weglar, 16. Febr.** Auflösung der Berg- und Steigerschule. Mit großem Bedauern werden viele Kreise der bergmännischen Bevölkerung in Stadt und Kreis Weglar und Umgegend von der Gesamtmachung betr. Auflösung der Berg- und Steigerschule Kenntnis nehmen. Die Schule würde im nächsten Jahre ihr 50-jähriges Jubiläum gefeiert haben.

— **Bon der Wefer, 15. Febr.** Während des letzten großen Hochwassers der Wefer hat auf ihren hohen Fluten eine Holzweige mit einem lebendigen Rinde, einem kleinen schreienden Säugling, zwischen den Dörfern Beverungen und Wankensau (unterhalb Carlsbafen) eine eigenartige Reise gemacht. Wie aus Beverungen darüber jeht nachträglich berichtet wird, trieb diese Holzweige inmitten der Strömung zum Schreden der Augenzeugen dem Dörfchen Wankensau zu, wo das Rind nebst Weige von dem Jähmann aufgegriffen und wohlbehalten ans Land befördert wurde. Nähere Nachrichten darüber, woher das etwa 8—12 Wochen alte Rind kommt, ist bis jeht noch nicht ermittelt gewesen. Der kleine Flupspirat befindet sich übrigens in guter Obhut und ist gesund und munter. Die sonderbare Fahrt im Hochwasser hat ihm nichts geschadet.

— **Berlin, 18. Febr. (Berliner Schieberkeller.)** Im Herzen Berlins, in der Grenadierstraße, die heute im Volksmund nur noch die „Schieberstraße“ heißt, haben sich seit längerer Zeit allerlei lichtscheue Elemente eingenistet, die zu meist aus dem Osten stammen. Hier blühten Fleischhandel und Hehlerei. Gestern wurde die Straße von allen Seiten gesperret und die Wohnungen durchsucht, wo oft in einer Stube ein halbes Duzend Fremde zusammenhauften, die meist polizeilich nicht angemeldet sind. Im ganzen wurden 500 Personen nach dem Polizeipräsidium abgeführt. Bezeichnen derweil belag eine ganze Anzahl keine Legitimation. Es wurden vor allem Silber und Gold, aber auch Fleischhandelswaren und Hehlwarens beschlagnahmt.

— **Berlin, 17. Febr. (Todessturz vom Dache.)** Ein nicht alltäglicher Unglücksfall veranlaßte das Ausrücken der Berliner Feuerwehr nach der Wendelsohnstraße 11. Dort waren Dachdecker und Klempner mit der Ausbesserung des Daches beschäftigt. Ein Klempner, der sich nicht angefeilt hatte, stürzte von dem vierstöckigen Gebäude auf den Hof, und zwar mit solcher Wucht, daß der Körper eine starke eiserne Platte über einem Benzinfaß durchschlug und darin verschwand. Die Feuerwehr holte die Leiche aus dem Tank hervor und brachte sie nach dem Schauhaufe.

— **Maulwurfsjagd.** Die unerschwinglichen Preise der ausländischen Felle zwingen unsere Pelzindustrie, zur Gewinnung von brauchbarem Pelzwerk in erster Linie die Felle der deutschen Pelztiere zur Verarbeitung zu verwenden. Zu diesen so begehrten Tieren gehört auch der Maulwurf, auf den jeht, da neuerdings Preise bis zu fünfzehn Mark bezahlt werden, wahre Massenjagden abgehalten werden. Das „gute Geschäft“ blüht in manchen Gegenden derart, daß z. B. in der Gemeinde Lauterbach im bairischen Schwaben jeder Maulwurfsjäger für das „Jagddrecht“ auf den „Maulwurf“ hundert Mark zahlen muß, eine Summe, die von den eifrigsten Jägern auch bereitwilligst erlegt wird, weil die Jagd trotzdem noch einen guten Gewinn abwirft. Einige Gemeinden wollen sogar allen Ernstes den Maulwurfangriff verpachten. Daran, daß der Maulwurf der tüchtigste Vertilger aller Bodenschädlinge, wie Engerlinge, Schnecken, Larven aller Art ist, denkt man freilich nicht. Die Ausrottung des Maulwurfs würde der Landwirtschaft teuer zu stehen kommen.

Gerihtsfaal.

„Der Anschlag auf den Reichsminister Erzberger wird am Sonnabend, den 21. v. Mts., vor dem Schwurgericht des Landgerichts 1 in Berlin seine Sühne finden. Wegen verurteilten Mordes hat sich der Privatsekretär Jährlich a. D. Othwig von Hirschfeld aus Berlin-Steglitz zu verantworten. Der Angeklagte ist im allgemeinen geständig, bestreitet aber die Tötungsabsicht; er habe nur eine Verwundung beabsichtigt, allerdings habe er sich gesagt, daß die Verwundung tödlich verlaufen könnte, was er dann als unvermeidlich hätte in Kauf nehmen müssen.“

Amtlicher Teil.

(Nr. 39 vom 19. Februar 1920.)

Bekanntmachung.

Das für den Monat Januar zugewiesene Petroleum dürfen die Kleinhandler gemäß Verfügung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe nicht höher als mit 3,20 Mark für das Liter ab Laden und bei Lieferung frei Haus des Verbrauchers nicht höher als auf 3,30 Mark berechnen. Limburg, den 18. Februar 1920.

Reisewirtschaftsamt des Kreises Limburg.

Das Wolffsche Telegraphenbüro läßt mir im Auftrage der Seifen-Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft in Berlin folgende Mitteilung zugehen: „In Zukunft kostet das 300-Grammstück Kernseife 7 Mark, während das 100-Grammstück Kernseife zum Preise von 3,75 Mark in den Verkehr kommt. Der Preis für Seifenpulver muß auf 1,50 Mark für das Halbpfundpalet erhöht werden.“

Der Hauptgrund für die erhebliche Erhöhung der Inlandseifenpreise ist der Sturz unserer Valuta während der letzten Monate, wodurch die für die Herstellung der Seife

unentbehrlichen ausländischen Oele und Fette gegenwärtig etwa dreimal so teuer sind als im Sommer 1919. Ein weiterer Grund liegt in der herrschenden Rohstoffnot, die die Fabriken zu Verwendung kostspieliger Ersatzbrennstoffe, insbesondere Holz, zwingt und außerdem häufig Betriebsstillstände verursacht. Hierdurch wird die Fabrikation ungemein verteuert, da die Löhne trotzdem weitergezahlt werden müssen. Mittelbar hat der Rohstoffmangel auch infolge Lahmlegung der inländischen Sodaherstellung eine Verteuerung der Seife dadurch bewirkt, daß die Seifenindustrie gezwungen ist, die zur Herstellung der Seife unentbehrliche lausische Soda zu hohen Preisen aus dem Auslande zu beziehen. Berücksichtigt man schließlich, daß die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung eine erhebliche Steigerung der Löhne im Gefolge hatte, daß alle Hilfsstoffe, wie Chemikalien, Risten und Packmaterial, außerordentlich im Preise gestiegen sind, daß schließlich der Zwischenhandel infolge der allgemeinen Teuerung nicht mehr mit der bisherigen Verdienstsparne auskommt, sondern von der Regierung die Zubilligung eines höheren Bruttoums zugesprochen erhalten mußte, so kann es nicht Wunder nehmen, daß die Seifen nicht mehr zu den bisherigen billigen Preisen in den Verkehr gebracht werden können.

Es läßt sich leider heute noch nicht absehen, ob damit die Preisbewegung nach oben ihr Ende erreicht hat. Es wird dies ganz davon abhängen, wie sich die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage und im Zusammenhang damit der Stand der deutschen Valuta im Ausland gestalten wird. Limburg, den 18. Februar 1920.

Der Vorsitzende des Kreiswirtschaftsamtes.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

betreffend: Wasserpolizei.

Die bisherigen Revisionen der Wasserläufe (Bäche, Ent- und Bewässerungsgräben) durch den Kreiswassermeister haben gezeigt, daß sich diese Anlagen in vielen Gemeinden in einem schlechten Zustande befinden. Insbesondere sind die den Wasserabfluß hemmenden und Anlaß zu Uferabbrüchen und Ausfaltungen bildenden Bäume, Sträucher und Anlandungen überall zu entfernen.

Unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Wassergesetzes vom 7. 4. 13. §. 53 ersuche ich nochmals die erforderlichen Arbeiten baldmöglichst ausführen zu lassen und über das Gesehene bis zum 1. Mai d. Js. zu berichten. Limburg, den 16. Februar 1920.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Salvarsanpräparate im Schleichhandel vertrieben werden. Nur zum Teil handelt es sich hierbei um echte Salvarsanpräparate, nicht selten jedoch um Fälschungen, die in einer der ersten täuschend ähnliche Verpackung vertrieben werden. Häufig werden aber auch bei dem Hin- und Hertransport im Schleichhandel die Glasampullen, in denen die Salvarsanpräparate luftdicht eingeschmolzen sind, sie bekommen Sprünge und die durch diese in die Ampullen eindringende Luft führt Zersetzungen der echten Salvarsanpräparate herbei, so daß deren Anwendung bei Patienten schwere Vergiftungserscheinungen, ja den Tod zur Folge haben kann.

Da die Salvarsanpräparate als arsenhaltige Heilmittel zu den Medikamenten gehören, deren Abgabe den Apotheken vorbehalten ist, so ersuche ich im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern ergebenst, alle nicht berechtigten Personen, denen Handel mit Salvarsanpräparaten nachgewiesen wird, unumgänglich zur Anzeige zu bringen. Bevor die endgültig beschlagnahmten Salvarsanpräparate nach Abschluß des Verfahrens wieder an den Handel abgegeben werden, ersuche ich, die gesamte Menge an die Farbwerke, vormals Meister, Lucius, u. Bräuning in Höchst am Main zu senden, die die Präparate und Glasampullen einer Prüfung unterziehen werden. Die Farbwerke werden die als gut befundenen Packungen an diejenigen Apotheken oder Großdrogenhandlungen abgeben, die ihnen von den Stellen bezeichnet werden, die die Beschlagnahme veranlaßt haben.

Berlin W. 66, den 17. Januar 1920.

Leipziger Straße 3.

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt.

M. 14 623.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 10. Februar 1920.

Der Landrat.

Verordnung betr. Ueberwachung von Presseerzeugnissen.

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen verordne ich mit erfolgter Zustimmung des Regierungskommissars Oberpräsident Dr. Schwander für das Gebiet der Reichswehr-Brigade 11 folgendes:

Das Neuerscheinen von Tageszeitungen und sonstigen periodischen Druckschriften sowie Druck und Vertrieb von Flugblättern ist verboten. Ausnahmen unterliegen der Genehmigung der Landespolizeibehörde.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 mit Gefängnis oder Haft oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen.

Cassel den 6. Februar 1920.

1a Nr. 3111.

Reichswehr-Brigade Nr. 11.

Der M. Befehlshaber.

gez.: v. Stolzmann, Generalleutnant.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Israelitischer Gottesdienst.

Freitag abend 5 Uhr 35. Samstag morgen 8 Uhr 30.

Samstag nachmittag 3 Uhr 30. Sabbat-Ausgang 6 Uhr 40.

Tüchtiges evang. Mädchen

für April für herrschaftl. Haushalt nach Siegen gesucht.

Lohn M. 50—60

Angebote unter Beifügung der Zeugnisse an

Frau Alfred Schleifenbaum,
Siegen (Weich), Wilhelmstr. 11.

Frish eingetroffen:

1a. geräucherte

Makrelen, Bücklinge.

Rudolf Eulberg,

12/39

Limburg.

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Nährmittel für Kranke.

Freitag, den 20. Februar 1920, nachmittags in der Aula des alten Gymnasiums Ausgabe von Nährmitteln für Kranke, denen laut Benachrichtigung von der Herzstiftung solche zugebilligt sind und zwar von 3—3 $\frac{3}{4}$ Uhr für die Personen mit den Anfangsbuchstaben A—K und von 3 $\frac{3}{4}$ —4 $\frac{1}{2}$ Uhr für die Personen mit den Anfangsbuchstaben L—Z. Auf den Kopf wird für M. 6.70 ausgegeben. Herzliche Mittheilungen werden bei der Ausgabe nicht angenommen.

Limburg, den 18. Februar 1920. 7(39)
Städtische Lebensmittel-Verkaufsstelle.

Gemüse-Verkauf.

Am Freitag den 20. Februar d. Zs. kommt in der städt. Gemüseverkaufsstelle im Hospitalhofe Winterkohl und Sellerie zum Verkauf.

Ausgabe 2—4 Uhr nachmittags 8(39)
Städtisches Lebensmittelamt.



Schablonen

moderne Zeichnungen,
für Maler u. Anstreicher.

- Ia. Deckenbürsten
- Ia. Weisspinsel
- Ia. Oelbleiweiss, rein
- Ia. Oelweiss für Innen und Außen
- Ia. Lithoponweiss
- Ia. Emaillelack weiss
- Ia. Möbellacke
- Ia. Terpentin, Siccatis

sowie 6(39)
sämtl. Farbwaren und Pinsel
empfehlen das Farbengeschäft

J. Arnet Nachf.

(Inh. Max Büdel).

Limburg (Lahn) Telefon 211.

Baumaterialien aller Art,

zirka 30000 Stück Dachziegel, Sparren, Latten, Bauholz, Bausteine, auch zwei Ringöfen auf Abbruch zu verkaufen. Die Materialien können direkt in Waggonen verladen werden. 10(39)

Angebote nimmt entgegen

Lahnkalkwerk Auerberg, Limburg.

Rohhäute

aller Art 11(39)

kauft zu höchsten Tagespreisen

A. Königsberger,

Limburg, Flathenbergstrasse 2.

Naturreine 2(4)

Weiß- u. Rotweine

offert in Faß und Flaschen

Küferei und Weinhandlung

Karl Gemmer,

Tel. 379. Aufrufe 1 4, hinter der Turnhalle.

Freitag den 20. Februar, Hotel „Zur Alten Post“.

Einmaliges Ensemble-Gastspiel

der Deutschen Kammerspiele

(Direktion: E. C. Israel)

Dieses Unternehmen ist berufen, gegen die Darstellung minderwertiger Theaterstücke sowie Schundliteratur vorzugehen und wird von Behörden weitgehendst gefördert.

Zur Darstellung gelangt:

„Es fiel ein Reif . . .!“

Die Tragödie einer Ehe in 3 Akten, von Löwenberg.

Preise der Plätze (ohne Steuer): Sperrsitz (num.) 4 M., 1. Pl. 3 M., 2. Pl. 2 M. im Vorverkauf 3 M., 1. Pl. 2.50, 2. Pl. 1.50 M.

Vorverkauf: Buchhandlung Heine, Aug. Herz.

Einlass 7 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Achtung! Das Applaudieren nach den Aktschlüssen ist zu unterlassen.

Achtung! Die Vorstellung beginnt p u n k t 8 Uhr.

Achtung! Zuspätkommende können erst nach dem 1. Akt ihre Plätze einnehmen.

Achtung! Es wird ohne Souffleur gespielt.

11(36)

Wirksames Inserationsorgan

ist der in

LIMBURG (Lahn)

im 88. Jahrgang

tägl. erscheinende

Gegründet
1885.



Anzeigenblatt

für die Bewohner

Limburgs und der Landgemeinden
in u. ausser dem Kreise Limburg.

Bezugspreis 4,95 M. vierteljähr.

Turnhalle Limburg.

Sonntag, den 22. Februar 1920,
abends 8 Uhr:

Einmaliges Gastspiel
des Süddeutschen Operettentheaters.

Die erfolgreichste Neuheit der Operettenbühnen!

Am Berliner Metropoltheater 600 Aufführungen!

Nur einmalige Aufführung!

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von Dr. Willner
und Rudolf Oesterreicher.

Musik: von Emmerich Kálmán.

Preise der Plätze im Vorverkauf

Sperrsitz (numerierte) Mk. 5.—, 11. Platz Mk. 3.50,
Galerie Mk. 2.00. 2(39)

Vorverkaufsstellen: Buchhandlung Herz
und Sonntags in der Turnhalle.

An der Kasse: Mk. 1.— Aufschlag.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

Kotobesen, Kotosmatten, Hoch-

haarbesen, Handseger,

Ia. Scheuertücher, Fensterleder,

Raffiabast billigt

en gros **J. Schupp, Seilerei.** en detail

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Fernruf 277. — 7(2)

„Schmidt's“ Althandlung,

Aufkauftstelle

14 Römer 14,
kauft:

Stricklumpen,
Lumpen,
alte Sacke,
Sacklumpen,
Kupfer,
Messing,
Zinn,
Zinn,
Blei,
Maschinen-
Guss,
Ofen-Guss,
Kernschrott

zu höchsten
Preisen.

Ländlicher Besitz

von 40 bis 100 Morgen, in
schöner Gegend, mit vollstän-
digem Inventar zu kaufen
gesucht.

Gutes Wohngebäude und
großer Bestand an guten Ob-
stbäumen erwünscht.

Angebote unter Nr. 4(37)
an die Geschäftsstelle dieser
Ztg. erbeten.

Suche in Limburg ein

Haus

in bevorzugter Geschäftslage
mit großem Laden u. Lager-
räumen oder, wo sich dies
einrichten lässt, sofort zu
kaufen.

Wenn Toreinfahrt und gro-
ßer Hofraum vorhanden, be-
vorzugt. 2(37)

Angebote werden erbeten an
die Immobilien- u. Hypotheken-
Agentur Gg. Lotz, Wiesbaden,
Bietenring 10, Telef. 4109.

Ein selbständiges

Mädchen,

welches weilen kann und auch
Landwirtschaft versteht, sofort
gekauft. 5(37)

Stall, Kohlenzertröge 96

Lehrerstelle!

Welcher kath. Lehrer im
Kreise Limburg tauscht mit
dem 1. Lehrer (3 Kl. Schule)
von Reiffert a. Rh.?

Anfragen sind zu richten an
Lehrer Schmidt,
St. Elisabeths-
4(39) Post Westerburg.

Achtung! Kriegsbeschädigte!

Sonntag, den 22. d. Mts., nachm. 2 Uhr
beginnend, findet in der Gastwirtschaft Biehl in Bollhaus
bei Gahnstätten eine

Versammlung der Kriegsbeschädigten

statt, zwecks wichtiger Besprechung.

Es wird um zahlreiches Erscheinen gebeten.

Karl Kessler,
Samenhandlung, Limburg (Lahn)

Gartensämereien

in bekannter guter Qualität eingetroffen. 4(36)

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

zu haben in der
Lehrverträge Kreisblatt-Druckerei